

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Gohlke, Dr. Petra Sitte, Ali Al-Dailami, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/2681 –**

Militärische und Dual-Use-Forschung an zivilen öffentlichen Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen

Vorbemerkung der Fragesteller

Durch die jüngste Berichterstattung (<https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2022/05/18/wie-deutschlands-wissenschaft-china-hilft-zur-militaer-supermacht-aufzusteigen/>) sind internationale Kooperationen deutscher Hochschulen (HS) und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AuF) im Bereich militärtechnischer und Dual-Use-Forschung erneut in den Fokus der öffentlichen Debatte geraten (z. B. Tagesspiegel, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/fragwürdige-zusammenarbeit-china-baut-offenbar-eigenes-militaer-mit-deutscher-forschung-aus/28358794.html>).

Bundesweit wird an zivilen, öffentlichen HS und AuF sicherheits- und verteidigungsrelevante sowie militärisch verwertbare Forschung betrieben. Auftraggeber sind vor allem die Bundesregierung, die Bundeswehr, aber auch ausländische Verteidigungsministerien sowie private Rüstungskonzerne. Aber das gesamte Ausmaß ist schwerlich zu überblicken, da viele Details und Verträge als Geheimsache eingestuft sind. Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ist fraglich, inwiefern diese Geheimhaltung im Widerspruch steht mit dem zivilen Charakter der Hochschulen, ihrem öffentlichen Auftrag und öffentlicher Finanzierung. Die Geheimhaltungspraxis der Bundesregierung durch Einstufung von Informationen als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ (z. B. Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen auf den Bundestagsdrucksachen 17/3337 und 18/851 sowie 18/8355) trägt nach Meinung der Fragestellerinnen und Fragesteller zu einem hohen Grad an Intransparenz bezogen auf die Verwendung öffentlicher Gelder bei. Die Fraktion DIE LINKE erkundigt sich regelmäßig in Form von Kleinen Anfragen nach verteidigungs- und sicherheitsrelevanter sowie militärischer Forschung an HS und AuF (vgl. Kleine Anfragen auf den Bundestagsdrucksachen 17/5832, 18/7977, 18/2345, 19/11954 und 19/29108).

Daneben steht aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller die Frage im Raum, inwieweit die geltenden Bestimmungen bzw. die Selbstverpflichtung der HS und AuF in Form von Zivilklauseln ausreichend sind, um sicherheits- und verteidigungsrelevante Forschungsergebnisse einer effektiven Kontrolle zur Verhinderung einer missbräuchlichen bzw. schadhaften Nutzung gegenüber der Zivilbevölkerung zu unterziehen. Wie Bettina Stark-Watzinger in ih-

rer Pressekonferenz am 20. Mai 2022 auf Nachfrage mitteilte, steht die Bundesregierung den Hochschulen in dieser Frage beratend zur Seite und beobachtet die Situation (vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/forschung-china-recherche-reaktionen-100.html>).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung nimmt die Vorbemerkungen der Fragesteller zur Kenntnis. Sie stimmt weder den darin enthaltenen Wertungen zu, noch bestätigt sie die darin enthaltenen Feststellungen oder dargestellten Sachverhalte.

1. Auf welchem Wege erhielt die Bundesregierung Kenntnis von den jüngst bekannt gewordenen Fällen der Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungs- bzw. Sicherheitsforschung (siehe <https://correctiv.org/aktuelle/s/wirtschaft/2022/05/18/wie-deutschlands-wissenschaft-china-hilft-zur-militaer-supermacht-aufzusteigen/>) von ausländischen Einrichtungen und deutschen HS bzw. AuF?

Die durch das Recherchekollektiv geschilderten Vorgänge wurden der Bundesregierung durch die öffentliche Berichterstattung bekannt.

2. Welche staatlichen Einrichtungen und Bundesministerien sind für die Genehmigung und Registrierung militärisch relevanter Forschungsvorhaben zuständig?

Militärisch relevante, d. h. verteidigungsbezogene Forschungsprojekte, werden auf Ebene des Bundes grundsätzlich nur durch das Bundesministerium der Verteidigung vergeben.

3. Wurden für die infrage stehenden Forschungsvorhaben Anträge auf Erlaubnis bei der Bundesregierung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz gestellt, und wenn ja, für welche Vorhaben, und nach welchen gesetzlichen Vorschriften?

Nach §§ 2 bis 4a des Kriegswaffenkontrollgesetzes bedarf der Genehmigung, wer Kriegswaffen im Sinne der Kriegswaffenliste (Anlage zu § 1 Absatz 1 des Kriegswaffenkontrollgesetzes) herstellen, erwerben, überlassen, befördern oder ein auf den Erwerb oder die Überlassung von Kriegswaffen gerichtetes Auslandsgeschäft vermitteln will. Das Kriegswaffenkontrollgesetz stellt Forschungsvorhaben als solche nicht unter Genehmigungsvorbehalt.

4. Wie viele Anträge auf Genehmigung zum Export nach EU-Verordnung 2021/821 (EU-Dual-Use-VO) zum Dual Use wurden seit 2017 gestellt (bitte nach Jahren und importierenden Ländern aufschlüsseln)?

Welche Anträge wurden genehmigt?

Und zu welchem Zweck wurden die Dual-Use-Güter exportiert?

5. Wie viele Anträge auf Exportgenehmigung von Dual-Use-Gütern nach EU-Verordnung 2021/821 wurden durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) genehmigt?

In welche Länder wurden die genehmigten Ausfuhren exportiert (bitte nach Jahren für den Zeitraum 2017 bis heute aufschlüsseln)?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 6. Juli 2022 wurden folgende Anträge auf Ausfuhrgenehmigung nach EU-Verordnung 2021/821 (EU-Dual-Use-VO) bzw. der zuvor gültigen EG-Verordnung 428/2009 (EG-Dual-Use-VO) genehmigt.

Bemerkungen:

Bei den Angaben für Genehmigungszahlen aus dem Jahr 2022 handelt es sich um vorläufige Zahlen, die sich durch Berichtigungen und Fehlerkorrekturen noch verändern können. Unter der Rubrik „Länder (diverse)“ werden Genehmigungen subsumiert, die für mehrere Endverwender in unterschiedlichen Ländern erteilt worden sind.

Da Verbringungen von Dual-Use-Gütern in andere EU-Mitgliedstaaten auf Grund des Europäischen Binnenmarktes weitgehend genehmigungsfrei sind, ist die Anzahl von Genehmigungen in diese Bestimmungsländer gering. Daneben gilt für Ausfuhren der meisten Dual-Use-Güter nach Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, in die Schweiz einschließlich Liechtenstein und die Vereinigten Staaten von Amerika eine EU-einheitliche Allgemeingenehmigung, die für diese Länder Einzelgenehmigungen weitgehend entbehrlich macht. Daher ist die Anzahl der Genehmigungen in diese Bestimmungsländer ebenfalls gering.

Der Bundesregierung liegen für statistische Auswertungen nur für Genehmigungsverfahren vollständige und belastbare Daten vor. Über tatsächlich getätigte Ausfuhren liegen solche Daten nicht vor.

2017:

Land	Anzahl der Genehmigungen
Afghanistan	1
Ägypten	119
Albanien	10
Algerien	31
Angola	5
Arabische Rep. Syrien	3
Argentinien	41
Armenien	11
Aserbaidschan	11
Äthiopien	5
Australien	13
Bahamas	1
Bahrain	7
Bangladesch	47
Barbados	1
Belarus	80
Belgien	6
Benin	1
Bolivarische Republik Venezuela	3
Bosnien u. Herzegowina	24
Botsuana	1
Brasilien	213
Brunei (Darussalam)	3

Land	Anzahl der Genehmigungen
Bulgarien	1
Burkina Faso	2
Chile	79
Costa Rica	11
Cote D'Ivoire	10
Dänemark	1
Dem. Volksrep. Laos	4
Dominikanische Republik	5
Ecuador	19
El Salvador	1
Finnland	6
Frankreich	45
Georgien	16
Ghana	7
Griechenland	3
Guatemala	10
Guinea	3
Honduras	2
Hongkong	38
Indien	644
Indonesien	98
Irak	21
Islamische Rep. Iran	62
Island	14
Israel	288
Italien	9
Japan	75
Jordanien	46
Kambodscha	4
Kamerun	3
Kanada	15
Kasachstan	52
Katar	51
Kenia	11
Kirgisistan	2
Kolumbien	31
Kosovo	4
Kuba	15
Kuwait	36
Länder (diverse)	4
Libanon	37
Libyen	3
Litauen	1
Luxemburg	1
Macau	2
Madagaskar	1
Malaysia	211
Malediven	1
Mali	7
Marokko	53
Mauretanien	3
Mauritius	5
Mazedonien ehem. Jugosl. Rep.	20

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Mexiko	267
Mongolei	2
Montenegro	6
Mosambik	1
Myanmar	5
Namibia	6
Nepal	1
Neukaledonien	2
Neuseeland	3
Nicaragua	1
Niederlande	14
Niger	1
Nigeria	12
Norwegen	15
Oman	26
Österreich	2
Pakistan	119
Panama	6
Paraguay	9
Peru	18
Philippinen	35
Plurinationaler Staat Bolivien	11
Polen	5
Republik Korea	481
Republik Moldau	8
Rumänien	3
Russische Föderation	650
Sambia	1
Saudi-Arabien	159
Schweden	2
Schweiz	108
Senegal	1
Serbien	86
Simbabwe	5
Singapur	197
Slowakei	2
Somalia	1
Spanien	9
Sri Lanka	19
Südafrika	283
Sudan	3
Tadschikistan	2
Taiwan	349
Thailand	317
Trinidad und Tobago	3
Tschad	1
Tschechische Republik	10
Tunesien	33
Türkei	455
Turkmenistan	14
Uganda	2
Ukraine	83
Ungarn	3

Land	Anzahl der Genehmigungen
Uruguay	21
Usbekistan	18
Vereinigte Arabische Emirate	134
Vereinigte Rep. Tansania	9
Vereinigte Staaten	58
Vereinigtes Königreich	20
Vietnam	125
Volksrepublik China	2.160
Gesamt	9.132

2018:

Land	Anzahl der Genehmigungen
Afghanistan	2
Ägypten	123
Albanien	9
Algerien	39
Äquatorialguinea	1
Arabische Rep. Syrien	4
Argentinien	40
Armenien	10
Aserbaidshan	11
Äthiopien	6
Australien	24
Bahamas	3
Bahrain	7
Bangladesch	50
Belarus	82
Belgien	5
Benin	3
Bolivarische Republik Venezuela	7
Bosnien u. Herzegowina	23
Botsuana	6
Brasilien	278
Brunei (Darussalam)	7
Bulgarien	3
Burkina Faso	3
Burundi	1
Chile	65
Costa Rica	14
Cote D'Ivoire	9
Dänemark	2
Dem.Rep. Kongo	4
Dem. Volksrep. Laos	2
Dominikanische Republik	6
Dschibuti	1
Ecuador	43
El Salvador	1
Estland	1
Falklandinseln	1
Finnland	5
Frankreich	55

Land	Anzahl der Genehmigungen
Georgien	11
Ghana	4
Griechenland	3
Guatemala	15
Guinea	4
Haiti	1
Honduras	1
Hongkong	52
Indien	628
Indonesien	107
Irak	12
Islamische Rep. Iran	57
Island	9
Israel	262
Italien	13
Jamaika	4
Japan	48
Jemen	1
Jordanien	36
Kambodscha	1
Kamerun	3
Kanada	18
Kap Verde	1
Kasachstan	37
Katar	34
Kenia	6
Kolumbien	45
Kosovo	3
Kroatien	1
Kuba	12
Kuwait	35
Länder (diverse)	2
Lesotho	1
Lettland	1
Libanon	31
Libyen	4
Litauen	1
Macau	1
Madagaskar	2
Malawi	1
Malaysia	192
Malediven	1
Mali	6
Marokko	54
Mauretanien	1
Mauritius	6
Mazedonien ehem. Jugosl. Rep.	34
Mexiko	273
Mongolei	4
Montenegro	6
Mosambik	3
Myanmar	8
Namibia	8

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Nepal	2
Neukaledonien	6
Neuseeland	1
Niederlande	13
Nigeria	19
Norwegen	14
Oman	36
Österreich	8
Pakistan	109
Panama	12
Papua-Neuguinea	1
Paraguay	8
Peru	29
Philippinen	28
Plurinationaler Staat Bolivien	16
Polen	4
Portugal	1
Republik Kongo	2
Republik Korea	493
Republik Moldau	7
Ruanda	3
Rumänien	1
Russische Föderation	719
Samoa	1
Saudi-Arabien	194
Schweden	10
Schweiz	130
Senegal	2
Serbien	86
Seychellen	1
Simbabwe	2
Singapur	182
Slowakei	3
Slowenien	1
Spanien	3
Sri Lanka	23
Südafrika	239
Sudan	7
Suriname	1
Tadschikistan	1
Taiwan	321
Thailand	321
Togo	1
Trinidad und Tobago	2
Tschad	1
Tschechische Republik	6
Tunesien	27
Türkei	374
Turkmenistan	4
Uganda	4
Ukraine	111
Ungarn	2
Uruguay	12

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Usbekistan	17
Vereinigte Arabische Emirate	120
Vereinigte Rep. Tansania	2
Vereinigte Staaten	77
Vereinigtes Königreich	12
Vietnam	136
Volksrepublik China	2.192
Zentralafrikanische Republik	2
Zypern Süd	1
Gesamt	9.223

2019:

Land	Anzahl der Genehmigungen
Afghanistan	5
Ägypten	118
Albanien	11
Algerien	18
Angola	3
Arabische Rep. Syrien	2
Argentinien	27
Armenien	15
Aserbaidschan	18
Äthiopien	9
Australien	16
Bahamas	2
Bahrain	10
Bangladesch	42
Belarus	94
Belgien	12
Benin	1
Boliviarische Republik Venezuela	2
Bosnien u. Herzegowina	28
Botsuana	1
Brasilien	224
Brunei (Darussalam)	9
Bulgarien	1
Burkina Faso	1
Chile	66
Costa Rica	12
Cote D'Ivoire	5
Curacao	1
Dänemark	4
Dem.Rep. Kongo	3
Dem. Volksrep. Laos	1
Dominikanische Republik	5
Ecuador	30
Finnland	7
Frankreich	42
Georgien	18
Ghana	4
Griechenland	1

Land	Anzahl der Genehmigungen
Guatemala	16
Guinea	1
Honduras	5
Hongkong	35
Indien	693
Indonesien	100
Irak	17
Islamische Rep. Iran	26
Island	8
Israel	298
Italien	15
Jamaika	3
Japan	26
Jemen	2
Jordanien	40
Kambodscha	1
Kamerun	1
Kanada	13
Kap Verde	1
Kasachstan	38
Katar	36
Kenia	9
Kirgisistan	1
Kolumbien	38
Kosovo	2
Kroatien	1
Kuba	17
Kuwait	19
Länder (diverse)	2
Libanon	28
Liberia	1
Libyen	6
Litauen	1
Luxemburg	1
Macau	3
Madagaskar	3
Malawi	1
Malaysia	157
Mali	2
Marokko	51
Mauretanien	1
Mauritius	3
Mazedonien ehem. Jugosl. Rep.	1
Mexiko	179
Montenegro	3
Mosambik	2
Myanmar	1
Namibia	13
Nepal	1
Neukaledonien	4
Neuseeland	5
Niederlande	18
Nigeria	18

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Nord Mazedonien	29
Norwegen	8
Oman	30
Österreich	9
Pakistan	64
Panama	7
Paraguay	11
Peru	22
Philippinen	47
Plurinationaler Staat Bolivien	14
Polen	3
Portugal	2
Republik Korea	433
Republik Moldau	8
Rumänien	4
Russische Föderation	703
Sambia	2
Sao Tome und Principe	1
Saudi-Arabien	224
Schweden	11
Schweiz	108
Serbien	104
Simbabwe	1
Singapur	212
Slowakei	1
Slowenien	1
Spanien	8
Sri Lanka	24
St.Martin (Niederländischer Teil)	1
Südafrika	190
Sudan	6
Südsudan	6
Tadschikistan	2
Taiwan	321
Thailand	235
Togo	2
Trinidad und Tobago	2
Tschechische Republik	8
Tunesien	27
Türkei	317
Turkmenistan	6
Uganda	4
Ukraine	74
Ungarn	1
Uruguay	16
Usbekistan	20
Vereinigte Arabische Emirate	99
Vereinigte Rep. Tansania	5
Vereinigte Staaten	105
Vereinigtes Königreich	13
Vietnam	145
Volksrepublik China	2.094
Zentralafrikanische Republik	1

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Gesamt	8.626

2020:

Land	Anzahl der Genehmigungen
Afghanistan	2
Ägypten	113
Albanien	11
Algerien	18
Angola	3
Arabische Rep. Syrien	4
Argentinien	32
Armenien	10
Aserbaidschan	8
Äthiopien	5
Australien	15
Bahamas	2
Bahrain	12
Bangladesch	35
Belarus	89
Belgien	8
Benin	3
Bhutan	1
Bolivarische Republik Venezuela	2
Bosnien u. Herzegowina	16
Botsuana	1
Brasilien	200
Brunei (Darussalam)	8
Bulgarien	3
Burkina Faso	1
Chile	53
Costa Rica	15
Cote D'Ivoire	4
Dänemark	2
Dem.Rep. Kongo	7
Dem. Volksrep. Laos	3
Dominikanische Republik	7
Ecuador	21
El Salvador	1
Finnland	7
Frankreich	63
Gambia	1
Georgien	10
Griechenland	1
Guatemala	11
Guyana	1
Hongkong	30
Indien	513
Indonesien	94
Irak	12
Islamische Rep. Iran	11
Island	10

Land	Anzahl der Genehmigungen
Israel	263
Italien	17
Jamaika	4
Japan	20
Jemen	2
Jordanien	56
Kaimaninseln	1
Kambodscha	6
Kamerun	3
Kanada	20
Kasachstan	42
Katar	31
Kenia	6
Kirgisistan	2
Kolumbien	47
Kosovo	4
Kuba	4
Kuwait	24
Länder (diverse)	1
Lettland	1
Libanon	14
Liberia	1
Libyen	2
Liechtenstein	1
Litauen	1
Macau	1
Madagaskar	4
Malaysia	147
Mali	3
Marokko	44
Mauritius	2
Mexiko	159
Mongolei	2
Montenegro	5
Mosambik	1
Myanmar	3
Namibia	6
Neukaledonien	2
Neuseeland	3
Niederlande	11
Niger	1
Nigeria	29
Nordmazedonien	31
Norwegen	15
Oman	40
Österreich	11
Pakistan	74
Panama	7
Paraguay	6
Peru	30
Philippinen	66
Plurinationaler Staat Bolivien	16
Polen	2

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Portugal	2
Republik Kongo	2
Republik Korea	406
Republik Moldau	23
Ruanda	3
Rumänien	3
Russische Föderation	673
Sambia	4
San Marino	2
Saudi-Arabien	200
Schweden	15
Schweiz	84
Senegal	3
Serbien	86
Seychellen	1
Sierra Leone	2
Simbabwe	2
Singapur	185
Slowakei	2
Slowenien	1
Somalia	1
Spanien	10
Sri Lanka	17
Südafrika	170
Sudan	7
Südsudan	2
Tadschikistan	4
Taiwan	293
Thailand	172
Tschad	1
Tschechische Republik	7
Tunesien	30
Türkei	378
Turkmenistan	5
Uganda	1
Ukraine	85
Ungarn	2
Uruguay	21
Usbekistan	31
Vereinigte Arabische Emirate	148
Vereinigte Rep. Tansania	1
Vereinigte Staaten	125
Vereinigtes Königreich	13
Vietnam	109
Volksrepublik China	1.879
Gesamt	7.984

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

2021:

Land	Anzahl der Genehmigungen
Afghanistan	2
Ägypten	130
Albanien	6
Algerien	18
Angola	6
Äquatorialguinea	1
Arabische Rep. Syrien	1
Argentinien	26
Armenien	10
Aserbaidschan	15
Äthiopien	2
Australien	16
Bahamas	4
Bahrain	15
Bangladesch	36
Belarus	81
Belgien	4
Bolivarische Republik Venezuela	4
Bosnien u. Herzegowina	20
Botsuana	1
Brasilien	236
Brunei (Darussalam)	2
Bulgarien	2
Burkina Faso	1
Burundi	2
Chile	78
Costa Rica	16
Cote D'Ivoire	4
Curacao	1
Dänemark	4
Dem.Rep. Kongo	8
Dem. Volksrep. Laos	1
Dominikanische Republik	12
Ecuador	22
El Salvador	3
Färöer	1
Fidschi	1
Finnland	3
Frankreich	51
Gabun	3
Gambia	1
Georgien	11
Ghana	4
Gibraltar	1
Guatemala	12
Guinea	1
Honduras	3
Hongkong	41
Indien	536
Indonesien	113
Irak	15

Land	Anzahl der Genehmigungen
Islamische Rep. Iran	22
Island	4
Israel	243
Italien	9
Jamaika	1
Japan	42
Jemen	3
Jordanien	44
Kambodscha	5
Kamerun	4
Kanada	17
Kasachstan	40
Katar	48
Kenia	9
Kirgisistan	2
Kolumbien	44
Kosovo	2
Kuba	1
Kuwait	27
Lettland	1
Libanon	24
Libyen	2
Litauen	1
Macau	1
Madagaskar	3
Malawi	1
Malaysia	125
Mali	7
Marokko	54
Mauretanien	2
Mauritius	2
Mexiko	148
Mongolei	2
Montenegro	2
Mosambik	2
Myanmar	2
Namibia	4
Neukaledonien	2
Niederlande	20
Niger	1
Nigeria	21
Nordmazedonien	47
Norwegen	16
Oman	12
Österreich	12
Pakistan	89
Panama	10
Papua-Neuguinea	2
Paraguay	6
Peru	28
Philippinen	38
Plurinationaler Staat Bolivien	4
Polen	4

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Portugal	2
Republik Kongo	1
Republik Korea	449
Republik Moldau	12
Ruanda	1
Rumänien	3
Russische Föderation	674
Sambia	3
Saudi-Arabien	174
Schweden	13
Schweiz	87
Senegal	4
Serbien	86
Simbabwe	1
Singapur	204
Sint Maarten (niederländischer Teil)	3
Slowakei	4
Slowenien	5
Somalia	4
Spanien	7
Sri Lanka	10
Südafrika	177
Sudan	6
Südsudan	5
Suriname	2
Tadschikistan	1
Taiwan	325
Thailand	168
Togo	2
Trinidad und Tobago	1
Tschad	1
Tschechien	10
Tunesien	30
Türkei	362
Turkmenistan	4
Uganda	5
Ukraine	69
Ungarn	4
Uruguay	18
Usbekistan	23
Vereinigte Arabische Emirate	127
Vereinigte Rep. Tansania	2
Vereinigte Staaten	121
Vereinigtes Königreich	195
Vietnam	106
Volksrepublik China	2.242
Zentralafrikanische Republik	4
Gesamt	8.606

2022: (bis 6. Juli 2022)

Land	Anzahl der Genehmigungen
Afghanistan	3
Ägypten	54
Albanien	5
Algerien	12
Angola	1
Arabische Rep. Syrien	1
Argentinien	20
Armenien	3
Aserbaidschan	9
Äthiopien	2
Australien	10
Bahrain	1
Bangladesch	19
Belarus	11
Belgien	4
Benin	1
Bolivarische Republik Venezuela	5
Bosnien u. Herzegowina	9
Brasilien	144
Brunei (Darussalam)	3
Bulgarien	2
Burkina Faso	2
Chile	34
Costa Rica	4
Cote D'Ivoire	5
Dänemark	1
Dem.Rep. Kongo	1
Dominikanische Republik	5
Ecuador	9
Finnland	2
Frankreich	38
Gabun	1
Gambia	1
Georgien	5
Ghana	2
Guatemala	3
Haiti	1
Honduras	4
Hongkong	18
Indien	295
Indonesien	50
Irak	10
Islamische Rep. Iran	5
Israel	145
Italien	7
Japan	17
Jemen	3
Jordanien	23
Kambodscha	1
Kamerun	1
Kanada	9

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Land	Anzahl der Genehmigungen
Kasachstan	11
Katar	24
Kenia	6
Kirgisistan	3
Kolumbien	37
Kosovo	2
Kroatien	1
Kuba	1
Kuwait	10
Libanon	10
Litauen	1
Macau	2
Madagaskar	1
Malaysia	64
Mali	4
Malta	1
Marokko	28
Mauretanien	3
Mauritius	1
Mexiko	76
Montenegro	1
Mosambik	1
Myanmar	1
Namibia	1
Neuseeland	1
Niederlande	9
Niger	2
Nigeria	8
Nordirland	2
Nordmazedonien	22
Norwegen	10
Oman	7
Österreich	6
Pakistan	24
Panama	4
Paraguay	5
Peru	17
Philippinen	12
Plurinationaler Staat Bolivien	5
Polen	1
Portugal	2
Republik Kongo	1
Republik Korea	236
Republik Moldau	3
Ruanda	2
Russische Föderation	75
Sambia	1
Saudi-Arabien	84
Schweden	3
Schweiz	44
Senegal	1
Serbien	52
Singapur	104

Land	Anzahl der Genehmigungen
Slowakei	3
Slowenien	1
Somalia	1
Spanien	6
Sri Lanka	3
Südafrika	37
Sudan	2
Tadschikistan	1
Taiwan	180
Thailand	103
Togo	1
Trinidad und Tobago	1
Tschad	1
Tschechien	7
Tunesien	20
Türkei	233
Turkmenistan	2
Uganda	1
Ukraine	55
Ungarn	2
Uruguay	8
Usbekistan	9
Vereinigte Arabische Emirate	63
Vereinigte Staaten	53
Vereinigtes Königreich	147
Vietnam	35
Volksrepublik China	963
Zypern Süd	1
Gesamt	3.993

Die Bundesregierung folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (BVerfGE 137, 185) zur Reichweite des parlamentarischen Auskunftsanspruchs zu Rüstungsexportentscheidungen sowie den Eckdaten von genehmigten Ausfuhrvorhaben. Von weiteren Ausführungen wird daher abgesehen.

6. Welche HS und AuF haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2020 Forschungsaufträge im Rüstungsbereich aus dem Ausland angenommen (bitte nach HS und AuF und betreffenden Staaten aufschlüsseln)?

Die Hochschulen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Länder. Für den Bereich der Hochschulen liegen der Bundesregierung daher keine Kenntnisse vor. Eine Ausnahme bilden hier die Universitäten der Bundeswehr, welche zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) gehören. Diese haben keine entsprechenden Forschungsaufträge aus dem Ausland angenommen.

Der Bundesregierung liegen für den Bereich der außeruniversitären Forschungseinrichtungen keine Kenntnisse vor.

7. Welche öffentlichen HS und AuF haben seit 2020 Bundesmittel für rüstungsrelevante Projekte und Forschungsvorhaben erhalten?

Welche dieser Forschungsvorhaben wurden in Kooperation mit ausländischen Stellen in Auftrag gegeben?

Folgende öffentliche Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben seit 2020 Bundesmittel für rüstungsrelevante Forschungsprojekte erhalten:

- Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung (diverse Institute),
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (diverse Institute),
- Deutsch-Französisches Forschungsinstitut Saint-Louis,
- Deutsches Institut für Kautschuktechnologie e. V.,
- Friedrich-Loeffler-Institut,
- Gesellschaft für Forschung und Entwicklung e. V. (GEFORENT),
- Innovationsgesellschaft TU Braunschweig,
- Institut für Energie- und Umwelttechnik e. V. (IUTA),
- Institut für Physikalische Hochtechnologie Jena e. V.,
- Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik,
- Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie e. V.,
- Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover,
- Hochschule Bonn-Rhein-Sieg,
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hof,
- Hochschule Schweinfurt,
- Hochschule Trier,
- Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg,
- Technische Hochschule Ingolstadt,
- Technische Universität Bergakademie Freiberg,
- TU Braunschweig,
- TU Dresden,
- TU München,
- Universität Bern,
- Universität Bonn,
- Universität Duisburg,
- Universität Erlangen,
- Universität Hannover,
- Universität Kiel,
- Universität Koblenz,
- Universität Mainz,
- Universität München und
- Universität Siegen.

Von diesen Forschungsvorhaben wurde keines in Kooperation in Auftrag gegeben. Die Beauftragung erfolgte ausschließlich durch nationale Stellen.

8. Welche rüstungsrelevanten Forschungsvorhaben haben die Bundesregierung bzw. Einrichtungen des Bundes an HS und AuF in Deutschland in Auftrag gegeben?

Welche dieser Forschungsvorhaben wurden in Kooperation mit ausländischen Stellen in Auftrag gegeben?

Die Beantwortung der Frage kann in offener Form nicht erfolgen. Die Einstufung als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ ist im vorliegenden Fall im Hinblick auf das Staatswohl erforderlich. Nach § 2 Absatz 2 Nummer 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen Geheimschutz (Verschluss-sachenanweisung, VSA) vom 10. August 2018 sind Informationen, deren Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann, entsprechend einzustufen.

Eine zur Veröffentlichung bestimmte Antwort der Bundesregierung auf diese Frage würde detaillierte Rückschlüsse auf vorhandene Fähigkeitslücken in Bezug auf Verfahren und Ausrüstung der Bundeswehr zulassen. Aufgrund der damit verbundenen nachteiligen Auswirkungen auf die sicherheitsempfindlichen Belange der Bundeswehr kann dem Wunsch nach einer öffentlich frei zugänglichen Liste zu Ressortforschungsaufträgen des BMVg an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch unter Berücksichtigung des parlamentarischen Fragerechts nicht entsprochen werden.

Die als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestufte Anlage enthält eine Aufstellung der beauftragten rüstungsrelevanten Forschungsvorhaben mit Mittelabfluss in den Jahren 2020 ff. Die Vergabe erfolgte durch nationale Stellen.*

9. Welche rüstungsrelevanten Forschungsvorhaben haben die Bundesregierung bzw. Einrichtungen des Bundes an HS und AuF im Ausland in Auftrag gegeben?

Welche dieser Forschungsvorhaben wurden in Kooperation mit ausländischen Stellen in Auftrag gegeben?

Rüstungsrelevante Forschungsvorhaben zu folgenden Themen wurden mit Mittelabfluss in den Jahren 2020 ff an HS und AuF im Ausland beauftragt:

- Ausbreitung akustischer Signale in urbanem Gelände,
- Untersuchung der Ausbreitung von akustischen, seismischen und elektromagnetischen Signaturen zur Ermittlung der Prognosemöglichkeiten durch ein Softwaremodell,
- Untersuchung des Verhaltens von aktiven und reaktiven Schutzlösungen gegenüber Bedrohung durch Wuchtgeschosse,
- Experimentalstudie zur Leistungssteigerung eines Heat Capacity Lasers und
- Untersuchungen zur Ausbreitung durch stumpfe Gewalt eingetragener Energie im Gewebe.

Die Vergabe erfolgte durch nationale Stellen.

* Das Bundesministerium der Verteidigung hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

10. Auf welchen finanziellen Gesamtumfang belaufen sich die Ausgaben des Bundes einschließlich nachgeordneter Bundeseinrichtungen für rüstungsrelevante Forschungsvorhaben seit 2017 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Im Rahmen der wehrtechnischen Forschungs- und Technologie wurden vorhabenbezogen verausgabt:

2017: 484,5 Mio. Euro

2018: 424,1 Mio. Euro

2019: 533,1 Mio. Euro

2020: 565,7 Mio. Euro

2021: 551,5 Mio. Euro

11. Wie viele der bewilligten Projektanträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) enthielten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren seit 2017 Hinweise gemäß Abschnitt 4.1.5 Erläuterungen zu möglichen sicherheitsrelevanten Aspekten („Dual Use Research of Concern“; Außenwirtschaftsrecht) des DFG-Leitfadens für die Antragstellung (https://www.dfg.de/formulare/54_01/54_01_de.pdf) (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
12. In welchem finanziellen Gesamtumfang wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die in Frage 11 genannten Forschungsvorhaben durch die DFG gefördert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Fragen 11 und 12 werden zusammen beantwortet.

In Anlehnung an den international etablierten englischsprachigen Begriff Dual Use Research of Concern (DURC) fasst der Gemeinsame Ausschuss von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Leopoldina unter den Begriff „besorgniserregende sicherheitsrelevante Forschung“ wissenschaftliche Arbeiten, bei denen die Möglichkeit besteht, dass sie Wissen, Produkte oder Technologien hervorbringen, die unmittelbar von Dritten missbraucht werden können, um Menschenwürde, Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Umwelt oder ein friedliches Zusammenleben erheblich zu schädigen. In DFG-Projekten wird ganz gezielt nach dieser Art besorgniserregender sicherheitsrelevanter Forschung gefragt und nicht nach allgemeinem militärischem oder Dual Use-Potential, z. B. im internationalen Kontext. Im Kontext internationaler Zusammenarbeit verweist die DFG explizit auf die rechtlichen Regelungen des BAFA.

Eine Quantifizierung i. S. v. Nachverfolgung einer Kennzeichnung ist auf Seiten der DFG nicht möglich. Ob ein Forschungsvorhaben Wissen, Produkte oder Technologien hervorbringen kann, die von Dritten unmittelbar zu erheblichen schädlichen Zwecken missbraucht werden können (Dual Use Research of Concern, DURC), kann nur auf Grundlage einer ethischen Auseinandersetzung und damit qualitativ bewertet werden. Sind Anhaltspunkte für DURC erkennbar, müssen sich Antragstellende von den lokalen Ethikkommissionen (sog. KEFs, Kommissionen für Fragen der sicherheits-relevanten Forschung) beraten lassen, das Risiko-/Nutzen-Verhältnis einschätzen und Maßnahmen zur Risikominimierung einplanen. Mögliche Anhaltspunkte für Missbrauchspotential/unmittelbare Gefährdung/DURC werden im Begutachtungsprozess beraten und diskutiert. Bislang konnte die DFG noch keinen Fall einer Förderung identifizieren, bei dem Anhaltspunkte für DURC bestanden.

13. Welche HS und AuF arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell im Auftrag von oder in Kooperation mit ausländischen Auftraggebern bzw. ausländischen Stellen militärischen, sicherheits- und verteidigungsrelevanten Projekten und Forschungsvorhaben?

Hochschulen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Länder, daher liegen der Bundesregierung für diesen Bereich über die im Folgenden genannten Hochschulen hinaus keine Kenntnisse vor. Eine Ausnahme bilden hier die Universitäten der Bundeswehr, welche zum Geschäftsbereich BMVg gehören. Hier bearbeitet ausschließlich die Universität der Bundeswehr München entsprechende Forschungsvorhaben. Über die ebenfalls nachfolgend aufgeführten außeruniversitären Forschungseinrichtungen hinaus, liegen der Bundesregierung für diesen Bereich keine weiteren Kenntnisse vor.

- Cybercrime Research Institute GMBH
- Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz
- Universität Potsdam, Institut für Informatik
- Universität der Bundeswehr München
- Hochschule Mittweida
- Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
- Universität Hannover
- Universität Saarland
- AEGIS IT Research

14. Wie viele dieser HS sind seit 2017 an militärischen sowie sicherheits- und verteidigungsrelevanten Forschungsprojekten beteiligt?

Über die vorstehenden, in der Antwort zu Frage 13 genannten sechs Hochschulen hinaus liegen der Bundesregierung keine weiteren Kenntnisse vor, da die Hochschulen in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen.

15. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Zivilklauseln an den HS, um eine zivile Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung zu gewährleisten, und wenn ja, welche Schlüsse zieht sie daraus?

Inwieweit bringt sich die Bundesregierung in Kooperation mit den Ländern zur Implementierung von Zivilklauseln an HS ein?

Der Bundesregierung liegen keine entsprechenden Kenntnisse vor. Hochschulen fallen mit Ausnahme der Universitäten der Bundeswehr in den Zuständigkeitsbereich der Länder und sind aufgrund der Hochschulautonomie und des Grundrechts der Freiheit von Forschung und Lehre in der Formulierung ihrer Satzungen frei.

16. Mit welcher Definition von Dual-Use-Forschung arbeitet die Bundesregierung?

Eine abschließende ressortübergreifende Definition des Begriffes „Dual-Use-Forschung“ besteht derzeit nicht.

17. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über militärische sowie sicherheits- und verteidigungsrelevante bzw. Dual-Use-Forschungsaufträge von privaten Firmen an öffentlichen HS und AuF in Deutschland, die nicht Einrichtungen der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Bundespolizei sind?

Die öffentlichen Hochschulen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Länder. Für den Bereich der öffentlichen Hochschulen liegen der Bundesregierung daher keine Kenntnisse vor.

Der Bundesregierung liegen für den Bereich der außeruniversitären Forschungseinrichtungen keine Kenntnisse vor.

18. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Verbreitung der Ergebnisse sicherheits- oder verteidigungsrelevanter Forschung bzw. Dual-Use-Forschung stärker zu überwachen und zu reglementieren, und wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung?
19. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Verwendung von Forschungsergebnissen für militärische sowie sicherheits- und verteidigungsrelevante Zwecke stärker zu überwachen und zu reglementieren, insbesondere durch ausländische Auftraggeber?

Die Fragen 18 und 19 werden zusammen beantwortet.

Internationale Forschungskooperationen sind aus Sicht der Bundesregierung Voraussetzung für die Partizipation Deutschlands an der internationalen Spitzenforschung. Nur so lässt sich die Innovationskraft unserer Wirtschaft und Wissenschaft erhalten und ausbauen. Der Wissenschaftsfreiheit nach Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes misst die Bundesregierung dabei einen hohen Stellenwert bei.

Im Hinblick auf den Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung verfügt Deutschland über einen umfangreichen Rechtsrahmen. Einschlägig sind hier unter anderem die Außenwirtschaftsverordnung und die europäische Dual-Use-Verordnung. Spezifische Handreichungen und Empfehlungen sollen Forschenden den Umgang mit den gesetzlichen Regelungen erleichtern und für das Thema sensibilisieren. Hierzu zählen z. B. das „Handbuch Exportkontrolle und Academia“ und „Exportkontrolle in Forschung & Wissenschaft“ des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Ergänzend dazu hat die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. zusammen mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit der Stellungnahme „Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung – Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung“ einen Prozess initiiert, um den verantwortungsvollen Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung und die diesbezügliche Selbstregulierung der Wissenschaft nachhaltig zu stärken und die Forschenden frühzeitig zu sensibilisieren. Dies umfasst unter anderem auch die Einrichtung des Gemeinsamen Ausschusses zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung und die Etablierung der in den Empfehlungen vorgesehenen Kommissionen für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung.

Die Bundesregierung behält sich vor, in Fällen konkreter Gefährdung deutscher Interessen, laufende und geplante Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich Forschung und Innovation einzufrieren oder kritisch zu überprüfen. Entsprechend wurde zuletzt mit den deutsch-russischen und deutsch-weißrussischen Kooperationen verfahren. Die Information und Sensibilisierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch die Bundesregierung spielt weiterhin eine wichtige Rolle und soll intensiviert werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.